



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71

Elpons, Paul von
Saarbrücken, [1894]

Samstag, 9. Juli.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-66798](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-66798)

nicht für klug, indem nicht leicht etwas die Pläne Prim's mehr begünstigen könne, als die Wirkung der erregten Phrasen französischer Minister auf das stolze spanische Volk. Die Haltung Preußens erscheint dem liberalen Blatte als durchaus im Einklange mit dem gesunden Menschenverstande und wahrer Würde und es drückt entschieden Zweifel aus, ob die große Majorität des französischen Volkes ein so ungeheuerliches Verbrechen gegen die Civilisation und Menschlichkeit, wie ein Krieg um die spanische Thronfolge wäre, dulden würde. „Uns ist nicht bekannt, heißt es im Weiteren, daß die preussische Regierung sich je gegen die Thatfache aufgelehnt hat, daß ein französischer Prinz von Geblüt Schwiegerohn des Königs von Italien und Schwager der Königin von Portugal wurde. Frankreich innerhalb seiner eigenen Grenzen ist unüberwindlich. Im Augenblick aber, wo es diese überschreitet, wird es Feind aller Welt. Es ist übrigens zu hoffen, daß das neue Project Prim's in den Hundstagen eines natürlichen Todes stirbt und nicht zu den Uebeln eines allgemeinen Krieges führt.“

Dem „Daily Telegraph“ erscheint das Auftreten der französischen Minister im höchsten Grade unklug, um so mehr, da dieselben bei anderen Gelegenheiten eine „leidenschaftliche Friedensliebe“ zur Schau tragen. Das genannte Blatt rath auch der heimischen Regierung, deren gemeinsamer Weg in dieser Sache die Mahnung zur Versöhnung sei, das französische Cabinet vor ähnlichen unbewachten Ausbrüchen zu warnen. Auf der andern Seite hält der conservative „Standard“ dem französischen Ministerium eine Lobrede für seine Festigkeit.

Samstag, 9. Juli.

Berlin. Aus Ems wird der „National-Ztg.“ unterm Gestrigen geschrieben:

„Seit Anwesenheit des Botschafters Baron v. Werther finden im Curhause täglich Conferenzen statt, an denen der Vertreter des auswärtigen Amtes, Geheimrath Abeken, Theil nimmt. Dabei sieht man den Botschafter immer auch noch Morgens und Abends während der Brunnenpromenade im lebhaften Gespräch an der Seite des Königs. Der Militärbevollmächtigte in Paris, Major Graf Waldersee, kehrt heute Abend auf seinen Posten zurück, der Botschafter Baron v. Werther folgt erst in einigen Tagen. — Heute Mittag nach den Vorträgen des Geheimen Hofraths Bork und des Geheimen Cabinetraths v. Wilmowski empfing der König den früheren Gesandten in Madrid Grafen Galen und arbeitete darauf mit dem Militärcabinet.“

Berlin. Die conservative „Kreuztg.“ knüpft endlich auch ihren Rock auf. Sie schreibt:

„Das wüste Geschrei der französischen Chauvinisten darüber, daß die spanische Regierung ihren Cortes den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum Könige vorgeschlagen und daß dieser Fürst sich im Fall seiner Wahl zur Annahme bereit erklärt hat, fanden wir einfach thöricht und wollten eigentlich kein Wort darüber verlieren; — daß die Pariser Regierungspresse aber mit den Chauvinisten Chorus machte, mußten wir beklagen, auch wenn wir's nicht zu begreifen vermochten; denn die krankhafte Empfindlichkeit des französischen Volkes mußte dadurch gesteigert werden. Die Aeußerungen des Herzogs v. Gramont endlich in der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers vom 6. d. sind zu hochfahrend, als daß wir sie mit einem einfachen Bedauern durchschlüpfen lassen könnten, wir müssen vielmehr unsere ganz entschiedene Mißbilligung über dieselben aussprechen. Ein Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs muß wissen, daß weder König Wilhelm, noch Preußen, noch der Norddeutsche Bund ein Interesse daran haben können, einen Prinzen von Hohenzollern auf den Thron Spaniens steigen zu sehen; der Auswärtige Minister einer befreundeten Macht darf Preußen nicht beschuldigen, daß es das europäische Gleichgewicht störe, indem es durch eine Intrigue einen preussischen

Prinzen auf den spanischen Thron setze; der Herzog v. Gramont endlich weiß, daß der Erbprinz von Hohenzollern kein königlich preussischer Prinz ist, sondern ein Glied des ehemals in Süddeutschland souverainen fürstlichen Hauses Hohenzollern, welches seine Stammesgemeinschaft mit dem brandenburgisch-preussischen Hause erst durch die Verträge von 1851 wieder betont hat.

Könige und Prinzen von Preußen sind oft genug in der Lage gewesen, Kronen zurückzuweisen, die ihnen angeboten wurden. Se. Maj. der König hat, wie gemeldet, auch dem Erbprinzen von Hohenzollern abgerathen, diese Kandidatur anzunehmen, wie er auch dem Prinzen Karl von Hohenzollern einst abrieth, nach Rumänien zu gehen. Wenn sich aber der Erbprinz von Hohenzollern berufen fühlte, die Krone Spaniens aus der Wahl der Cortes anzunehmen, so können wir das als Unterthanen eines legitimen Königs beklagen, können uns aber nicht berufen fühlen, die spanische Nation à la Gramont zu schulmeistern. Wird der Erbprinz durch die Wahl der constituirenden Cortes König von Spanien, so wünschen wir den Spaniern aufrichtig Glück dazu; im Uebrigen aber geht uns die Sache weiter nichts an. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß man in Frankreich bald zur Besinnung kommen, die ganz neutrale Stellung Preußens zu dieser Frage richtig würdigen und sich der Maßlosigkeiten der letzten Tage schämen wird.“

Berlin. Die „Liberale Correspondenz“ schreibt: „Die spanische Krone, welche durch das dauernde Angebot bei fehlender Nachfrage an ihrem Werthe nicht gewonnen, ist plötzlich im Cours gestiegen, seitdem ein Prinz seine Hand nach ihr ausstreckt, der auf dem spanischen Throne sich nicht wie eine große Null ausnehmen dürfte. Der General Prim hat seine Bemühungen um einen Thronkandidaten, die schon vier Mal ohne Erfolg gewesen waren, ganz in der Stille fortgesetzt. Und er that gut daran, da der Fluch der Lächerlichkeit wie ein Damoklesschwert über seinem Haupte hing, aus dem kein Herrscher mit Schwert und Schild, sondern nur Nebelgestalten herausgesprungen waren. So heimlich hat er seine Werbung betrieben, daß weder der preussische Gesandte in Paris, noch der französische in Madrid, noch Dlozaga, noch Benedetti Wind davon hatten. Um so überraschter war man besonders an der Seine, als am 2. Juli dajelbst bekannt wurde, daß Prinz Leopold von Hohenzollern die spanische Krone angenommen habe oder vielmehr anzunehmen gewillt sei, wenn die Cortes ihn wählen. An den hatte man um so weniger gedacht, als er zu Anfang dieses Jahres sich dem gleichen Antrage gegenüber ablehnend verhalten hatte. Seine Sinnesänderung hat Paris aus dem Häuschen gebracht. Die Diplomaten entwickelten eine fabelhafte Geschäftigkeit, im Gesetzgebenden Körper wurde interpellirt, der Minister des Auswärtigen rasselte mit dem Säbel und die Presse schlug die Varmtrommel, aus welchem Grunde ist nicht recht ersichtlich. Daß der Kandidat Hohenzollern heißt, sollte den Bonapartisten doch angenehmer sein, als wenn sein Name Orleans wäre, ganz abgesehen davon, daß der Prinz Leopold durch seine Verwandtschaft mit Murat dem Haupte der Bonaparte näher steht, als dem des Königs von Preußen. Aber seit Königgrätz haben die Franzosen eine ganz eigene Antipathie gegen die Mitglieder unserer Königsfamilie, und ihre lebhafteste Phantasie zaubert ihnen allerhand Schreckbilder vor die Seele, die sie zu den abgeschmacktesten Dingen verleiten. Wenn nur die chauvinistische Presse sich das Privatvergnügen gemacht hätte, sich einmal wieder recht satt zu schimpfen und den Rhein mit dem, was drum und dran hängt, zu annectiren, so würde uns das nicht gewundert haben, — das Thema wird je nach Bedürfniß heut von den Freunden, morgen von den Gegnern des Kaisers bearbeitet; allein daß der Minister des Aeußern auf die Coquery'sche Interpellation in Betreff des neuen Kandidaten eine Antwort gegeben, die Hörner und Zähne hat, das ist — um mit Lord Lyons zu reden —

in der That sehr sonderbar. Noch vor wenigen Tagen erklärte der Großsiegelbewahrer Olivier, das Kaiserreich sei der Friede — und jetzt wird mit dem Krieg gedroht, wenn Spanien die Kandidatur des Hohenzollern nicht fallen lasse.

Gegen wen das Schwert gezogen werden solle, ist nicht verrathen worden. Gegen Spanien wäre das so grundlos, wie gegen Deutschland. Niemals sei Frankreich in Bezug auf die Thronkandidaten aus der strengsten Neutralität herausgetreten, versichert der Herzog von Gramont in demselben Augenblick, in welchem er feierlich gegen den neuen Kandidaten protestirt. Der darin liegende Widerspruch ist gerade so plump, wie die Lüge, da alle Welt weiß, daß Frankreichs Intriguen zum größten Theil daran schuld sind, wenn die bisherigen Verhandlungen in Bezug auf die Besetzung des spanischen Thrones fehl geschlagen sind. Wahr ist es, ein spanisch-französisches Bündniß würde unter einem Hohenzoller wenig Chancen haben, aber unter einem Präsidenten der „Republik“ Spanien noch viel weniger, da die Abneigung im spanischem Volke gegen die Napoleoniden viel zu tief gewurzelt ist. Wenn man in Madrid so sehr um einen König verlegen ist, so mag diese Abneigung dazu eine Veranlassung mit sein: man ist sich in Madrid ohne Zweifel darüber klar, daß der Kaiser der Franzosen im Trüben fischen will und nur ein Bischof Anarchie erwartet, um auch in Spanien den Staatsretter zu spielen. . . . Die Kriegsdrohung ist, wenn sie auf Preußen gemünzt sein sollte, noch viel abgeschmackter. Wir haben in unserem Lande nöthigere Dinge zu thun, als uns um Spanien den Pelz zu zerreißen. Preußen hat nicht nur kein Interesse an der Besetzung des spanischen Königsthrones durch einen Namensvetter seines Königs, sondern es würde nur Ungelegenheiten haben, wie aus dem rumänischen Thronbesetzung. Darum hat auch König Wilhelm dem Prinzen Leopold schon vor Monaten von der Annahme der Krone abgerathen; er dürfte jetzt jedenfalls daselbe thun, aber er kann ihn doch nicht einsperren oder einen Zwang auf ihn ausüben, zu dem er kein Recht hat. Es ist des Prinzen Risiko, wenn er sein beneidenswerthes Loos, viel Geld und keine Regierungsjorgen zu haben, mit dem zweifelhaften Glück und Glanz eines Königs einer zersplitterten und ungebildeten Nation vertauscht. Preußen muß jede Solidarität dabei von der Hand weisen; es hat jetzt so wenig seine Hand bei der Thronkandidatur im Spiele gehabt, wie beim Ausbrechen der spanischen Revolution.“

Berlin. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel über das Verhältniß des fürstlich hohenzollern'schen Hauses zum preussischen Königshause. Durch den Vertrag vom 7. Dez. 1849 kamen die hohenzollern'schen Lande an Preußen. In demselben ist bemerkt, daß durch diesen Vertrag die Erbvertragsverträge zwischen beiden Häusern von 1695 und 1707 nicht aufgehoben, sondern unberührt sind. Indeß hat nach diesen Erbvertragsverträgen das fürstliche Haus Hohenzollern durchaus kein Nachfolgerecht in irgend einem preussischen Landestheile, selbst wenn das königliche Haus Hohenzollern im Mannesstamme erlöschen würde. Die Gegenleistung, welche Preußen durch den Vertrag von 1849 für die Abtretung der Fürstenthümer zusicherte, besteht in jährlichen Geldrenten von 10 000 Thalern für den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen auf Lebenszeit und 25 000 Thalern für den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen für immer.

Brüssel. Die „Indépendance Belge“ schreibt:

„Nach Allem, was man uns aus Paris meldet, ist es unmöglich, abzuleugnen, daß die französische Regierung an dem Abhange eines Krieges steht, und wenn man gar sieht, wie sie die Sache führt und wie man in ihrem Namen spricht, so kann man kaum anders denken, als daß sie vorzüglich auf den Krieg losstreitet und daß sie kein anderes Ziel im Auge hat, als ihn ausbrechen zu lassen, indem man der Affaire Hohenzollern Verhältnisse beilegt, die sie gar nicht hatte. Es ist Thatsache, daß Preußen der Kandidatur ganz fremd war. Wenn die französische Regierung unter diesen Bedingungen behauptet, sich mit

einem förmlichen Desavoué der preussischen Regierung nicht begnügen zu können, wenn sie vom König von Preußen einen Akt der Demüthigung fordern will, von dem sie im Voraus weiß, daß der Souverän einer mächtigen und stolzen Nation sich ihm in keinem Falle unterwerfen kann, wenn sie mit einem Worte Alles thut, um für ihren Gegner keinen Weg für eine ehrenvolle Beilegung offen zu lassen, wie kann sie sich dann wundern, wenn man sie anklagt, in dieser spanischen Angelegenheit nur einen Vorwand zu diesem Kriege zu suchen, dessen Gedanken man ihr seit dem Tage nach der Schlacht von Sadowa zuschreibt? Es ist hohe Zeit, im Interesse ihrer eigenen Ehre, daß sie sich Rechnung über den durchlaufenen Weg ablegt, daß sie die Frage und die Sachlage mit der Kaltblütigkeit betrachtet, an der es ihr bis jetzt ganz gefehlt hat.“

Wien. Die hiesigen Blätter geben fortgesetzt der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, dem Konflikt den Charakter einer europäischen Gefahr zu benehmen. In jedem Falle werde Oesterreich nach allen Richtungen hin das Aeußerste aufbieten, auch dies Mal den Frieden Europa's erhalten zu helfen. Einzelne Blätter deuten an, wenn nicht die Kandidatur an sich, so doch die Einfädelung derselben sei eine Herausforderung Frankreichs.

London. Die hiesigen großen Blätter sprechen die Hoffnung aus, die Kandidatur des Prinzen Leopold werde zurückgezogen werden und damit der Streitpunkt aus der Welt verschwinden. „Daily News“ ermahnt Frankreich, sich die Sache noch einmal zu überlegen, ehe es auf dem eingeschlagenen Wege fortfahre. Das Wochenblatt „Saturday Review“ sagt, Marshall Prim werde nicht ohne Einverständnis mit den übrigen Mitgliedern der spanischen Regierung, noch ohne vorherige Zustimmung des Königs von Preußen gehandelt haben. Frankreich habe kein Mittel, sagt das Blatt weiter, sich der Wahl zu widersetzen. Napoleon III. werde weder so gewissenlos noch so unklug sein, mit beiden Mächten einen Krieg zu beginnen. Vielleicht werde es einige Zeit dauern, bis Prinz Leopold von Frankreich als König von Spanien anerkannt werde, allein heute beugten sich die Staatsmänner stets nach größeren oder kleineren Zwischenräumen vor vollendeten Thatsachen. Daß Preußen sich einer Drohung fügen sollte, sei unmöglich, wenn die Zustimmung des Königs und seiner Minister zu der Wahl des Prinzen bereits erteilt sei. Und wenn anderseits die Frage in Berlin noch unentschieden sei, so werde der König Wilhelm sich Angesichts einer Drohung gezwungen sehen, die Einwilligung zu erteilen. Sehr treffend bemerkt das Blatt am Schlusse:

„Englische Zeitungen, welche diese Kandidatur als unklug und ungerecht bezeichnen, vergessen nachzuweisen, inwiefern Frankreich thatsächlich durch die Wahl eines deutschen Prinzen beeinträchtigt wäre. Jedenfalls könne der von Frankreich so oft schon angekündigte Krieg nicht leicht mit einem ungerechteren Vorwande oder mit geringeren Aussichten auf Erfolg unternommen werden.“

Paris. Es finden fortwährend Konferenzen der verschiedenen auswärtigen Botschafter unter sich und mit dem Herzog von Gramont statt. Bei einer solchen Unterredung soll letzterer erklärt haben: daß Frankreich die Wahl der spanischen Nation in keiner Weise zu beschränken gedenke. Möge dieselbe den Herzog von Montpensier oder Serrano oder einen englischen oder italienischen Prinzen oder Prim selbst zu ihrem Könige nehmen, Frankreich werde nichts dagegen haben; aber es könne nicht mit derselben Gleichgültigkeit die Thronbesteigung eines Prinzen dulden, den nichts empfehle, weder seine persönliche Stellung, noch seine Talente, noch seine hervorragenden Dienste, und dessen einziger Titel sein Preussenthum sei. „Das wäre ein feindliches Banner, das man an unseren Grenzen aufpflanzen würde; eine fortwährende Drohung Preußens gegen Frankreich. Könnten wir eine solche Beleidigung dulden?“

Der „Temps“ schreibt: „Der 6. Juli wird historische

Bedeutung erlangen. Es ist vielleicht der Anfang eines für unsere Freiheit oder unsere politische Stellung verhängnisvollen Krieges; ganz gewiß ist es der Tag, an dem unsere dünkelfaste Regierung den vollen Beweis ihrer Unfähigkeit lieferte. Der Herr Siegelbewahrer kam und betheuerte seine leidenschaftliche Friedensliebe, nachdem der Herr Minister des Auswärtigen eine Note, welche im Ministerrath beschloffen worden, verlesen, die in den Augen jedes vernünftig denkenden Menschen im höchsten Grade den Frieden gefährdet. Diese Note ist in der That eine öffentliche Herausforderung an Preußen und Spanien, und macht es diesen zwei Mächten fast unmöglich, in anständiger Weise nachzugeben, wenn die Sache überhaupt zwischen ihnen verhandelt worden ist, was wir bis jetzt noch gar nicht wissen. Die Regierung weiß es ebenfalls noch nicht, und was das Beleidigendste für den gesunden Menschenverstand des Volkes ist, sie stellt ein Ultimatum auf und formulirt eine Note, während sie gleichzeitig bekennt, es fehle ihr noch an genügender Auskunft. Die Unterhandlungen, sagt sie, seien nicht zu ihrer Kenntniß gelangt. Wir wüßten nicht, daß wir bei unsern geheimen Unterhandlungen mit dem Könige von Holland Luxemburgs wegen dem Könige von Preußen die Aufmerksamkeit erwiesen hätten, ihn von dem, was wir vor hatten, zu unterrichten, und unseres Wissens hat Herr von Bismarck es uns nicht als ein Verbrechen angerechnet, daß wir ihn nicht in unser Vertrauen gezogen. — Seit drei Tagen folgen einander die Ereignisse mit beispielloser Raschheit. Herr von Werther, der preussische Botschafter, wird nach St. Cloud berufen, spricht den Kaiser und reist eiligst nach Ems ab. Einzelne Blätter schreiben, er überbringe einen Casus belli. Jedenfalls wird er seine Regierung von der Aufregung in Kenntniß gesetzt haben, darin er unser Cabinet belassen. Jeden Tag können von ihm Depeschen eintreffen. Alles spricht dafür, daß man wenigstens hätte warten müssen, bis Herr von Werther zurückkam; aber man wartet nicht, bemüht die Interpellation des Herrn Cocherz und ersteigt hastig die Rednerbühne, erklärt, keinen Bescheid ertheilen zu können und antwortet dennoch, und zwar auf eine vielleicht nicht wieder gut zu machende Art. Wir aber fragen, heißt das handeln, wie vernünftige Männer, Männer, würdig die Geschäfte Frankreichs zu besorgen, handeln sollen? Ein solches Vorgehen ist alles Mögliche, Ungestim, Verblendung, aber Politik? Nein! Es müßte denn sein, daß dem Ungestim eine starke Dosis Berechnung zu Grunde läge, sowie der Wunsch, die Dinge zu beschleunigen, um unangenehmen Erklärungen und demüthigenden Geständnissen betreffs begangener Fehler vorzubeugen, oder daß man die erste Kriegsgelegenheit hätte benutzen wollen."

Unter dem heutigen Datum wird der Berl. „Nation.“ Btg. von Ems geschrieben: „Daß die französische Regierung seit 1866 einen tiefen Groll gegen Preußen hegt, ist bei jeder Gelegenheit hervorgetreten, und wenn sie nicht schon längst sich die Gemüthung zu verschaffen gesucht, welche sie nach ihrer Ansicht mit dem vollsten Recht beanspruchen konnte, so hat das nur an Mangel einer geeigneten Gelegenheit gelegen, Preußen zu isoliren. Diese Gelegenheit glaubt man jetzt gekommen; Gramont hat sie nach der Meinung dieser Leute sehr rechtzeitig ergriffen. Die Kandidatur Prinz Leopold's ist kein Grund, sondern nur ein Vorwand, endlich einmal alles das loszuwerden, was man im Jahre 1866 und seit demselben heruntergeschluckt. Die Chauvinisten sprechen das ganz unverhohlen aus; ihre Organe lassen es zwischen den Zeilen lesen, selbst die Offiziösen, wie der „Constitutionnel.“ Erklärt Preußen sich auch der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern ganz fernstehend, ja verweigert ihm sogar der König die Ermächtigung, die Wahl der Spanier anzunehmen, die Zeit ist dennoch gekommen, wo Preußen mit Kolbenstößen in den Rücken vom linken Rheinufer geworfen werden muß. Das alles würde aber natürlich nicht das geringste Gewicht haben, wenn nicht die officiösen Zeitungen Artikelchen brächten, welche, natür-

lich bei geringerer „Lebhaftigkeit“ der Sprache ganz dieselbe Tragweite haben. Daß die Regierung nicht abgeneigt wäre, sich dieser Auffassungsweise anzuschließen, daran kann man leider noch zweifeln. Für sie ist nur die Haltung der übrigen Mächte, namentlich aber auch die Süddeutschlands maßgebend. Uebereilt mag sich der zögernde Napoleon denn doch nicht entschließen, denn ist der Einfluß Preußens groß, so ist sein eigener wahrlich noch viel höher. Seine indistincten Freunde werden übrigens schon dafür sorgen, daß die Rheinplänchen nicht verborgen bleiben. Ist das einmal klar, daß Frankreich nur eine Gelegenheit vom Saune brechen möchte, um sich zu vergrößern und für 1866 Revanche zu nehmen, so darf man in den Patriotismus Süddeutschlands das Vertrauen haben, daß es alle Spaltungen vergessen und mitwirken wird, dem Nachbar jenseits des Rheines die Wegegerei einmal gründlich zu legen."

Paris. Der „Königlichen Zeitung“ wird berichtet: „Ein Gerücht, der Kaiser Napoleon habe eine direkte Depesche vom Könige von Preußen erhalten, stützt sich darauf, daß gestern Herzog von Gramont und Marschall Leboeuf aus der Kammer zum Kaiser nach St. Cloud berufen wurden, um von dieser Depesche in Kenntniß gesetzt zu werden. Man vermuthet, daß die Depesche, wenn überhaupt angekommen, keine günstige gewesen. Reges Leben herrscht unter den hiesigen Diplomaten. Die fremden Botschafter halten fortwährend Beratungen mit dem Herzog von Gramont. Die Botschafter Englands und Oesterreichs sehen auch häufig den Kaiser. Ein Theil dieser Botschafter, besonders auch der russische, machen große Anstrengungen im Interesse des Friedens. Die zwei Divisionen der Armee von Paris haben Befehl erhalten, morgen nach dem Lager von Chalons abzugehen. Herr Benedetti soll heute um vier Uhr eine Unterredung mit dem Könige von Preußen in Ems haben."

Madrid. Die Zeitung „Imparcial“ veröffentlicht die vom Minister des Auswärtigen, Herrn Sagasta, dem Herrn Mercier, Gesandten von Frankreich, gemachten Erklärungen. Herr Sagasta beklagt sich darüber, daß die französische Regierung nach einander alle Kandidaten bekämpft habe, um die des Prinzen von Asturien (des späteren Königs Alfons XII.) zu begünstigen; er leugnet, daß Spanien der Politik Preußens folge; er bedauert die Empfindlichkeiten Frankreichs und erklärt, daß Spanien sich bemühen werde, die Projekte, die es für geeignet halte, durchzuführen, ohne daß der Wunsch nach Frieden es seine Würde vergessen lasse, sowie das Recht, welches es habe, über seine Geschicke mit voller Unabhängigkeit zu entscheiden."

Florenz. Die in Florenz erscheinende „Opinione“ meldet, daß der Fürst Karl Anton von Hohenzollern erklärt habe, seinem Sohne, dem Erbprinzen Leopold, die Zustimmung zur Annahme der spanischen Krone definitiv verweigern zu wollen.

Sonntag, 10. Juli.

Berlin. Der „Nat.“ Zeitung“ wird aus Paris geschrieben:

„Es ist bereits zum allgemeinen Stichwort geworden, die Versicherung, daß Deutschland an der spanischen Schwierigkeit keinen Theil habe, als eine wohlfeile Ironie, oder als ein Zeichen von Schwäche anzulegen und in journalistischen wie in höheren politischen Kreisen glaubt man heute die Situation mit dem eleganten Wort bezeichnen zu dürfen: la Prusse caner. Das Zeitwort caner hat seine Ableitung vom lateinischen canis und bedeutet: zurückweichen wie der Hund vor der Peitsche. So wird hier die neutrale Haltung des preussischen Cabinets zu der Frage beurtheilt. Aber, so geht das Raisonnement weiter, da hilft kein caner, wir werden sie zwingen, hervorzukommen und sich uns zu stellen. Wären es nur die Blätter, die so redeten und schrien, das hätte wenig zu bedeuten, aber man führt die gleiche Sprache auch höher hinauf. Fast sollte man glauben, daß der Kaiser und die Regierung den Krieg um